



Aktion von Mitarbeitern der SSG vor der Stavo-Sitzung am 17.7.2021

INHALT

SEITE 2:

FINANZIELLE AUFWERTUNG DER ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER IN DARMSTADT WEITERHIN FEHLANZEIGE!

WACHSENDE ALTERSARMUT IN DARMSTADT

SEITE 3:

DIE NEUE FRAKTION DER LINKEN

HAUSHALT 2022: LICHT UND SCHATTEN

FLÄCHENFRAB DURCH GEWERBEGEBIETE IN ARHEILGEN UND WIXHAUSEN VERHINDERN!

SEITE 4:

ENDLICH EIN RICHTIGES SOZIALTICKET!

KINDER- UND JUGENDARMUT IN DARMSTADT

Das muss drin sein: Keine Armutslöhne bei der Stadt und ihren Unternehmen!

DIE LINKE kämpft für Aufwertung in den Kitas und für existenzsichernde Einkommen bei SSG, Heinerliner und Reinigungskräften

Faires Gehalt in der Kita: 3,5 Mio /Jahr

In den ersten Monaten ihrer Arbeit hat sich die neue Fraktion der LINKEN die städtische Lohnpolitik zum Schwerpunkt gesetzt. Wir erwarten, dass sich die Stadt und ihre Unternehmen als Arbeitgeberinnen vorbildlich verhalten: die Gehälter müssen der Qualifikation und der Verantwortung angemessen sein, sie müssen auch im teuren Darmstadt ein Auskommen ermöglichen, und Stellen dürfen nur aus gutem Grund befristet angeboten werden. Wir haben mehrere Bereiche zur Sprache gebracht, in denen die Stadt diese Erwartungen enttäuscht.

Erstens: Vor sieben Jahren hatten die Erzieherinnen und Erzieher bundesweit in einem vierwöchigen Streik dafür gekämpft, dass ihr Beruf finanziell aufgewertet wird. Denn die Anforderungen sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter gestiegen, und im Vergleich zu technischen (Männer-)Berufen sind soziale (Frauen-)Berufe bei gleicher Ausbildungsdauer immer noch deutlich schlechter bezahlt. Die kommunalen Arbeitgeber hatten den Streik damals einfach ausgesessen, so dass kein Aufwertungs-Tarifvertrag zustande kam. Manche Kommunen (wie Frankfurt, Rüsselsheim, Hanau) gruppieren die Erzieher*innen mittlerweile von sich aus besser ein und zahlen ihnen mehrere hundert Euro mehr als sie bei uns bekommen würden. Wir fordern seit Jahren, dass Darmstadt ebenso verfährt, doch bis heute hat sich der Magistrat nicht bewegt. Mittlerweile ist auch hier Bewegung in der Sache – mehr dazu auf Seite 2.

Zweitens: Vor vielen Jahren hat das

Klinikum seine patientenfernen Bereiche in Service-Gesellschaften ausgelagert, um die Beschäftigten nicht nach Tarif bezahlen zu müssen. Eines dieser Tochterunternehmen ist die Starkenburg Service Gesellschaft, wo etwa 300 Menschen zu sehr schlechten Bedingungen arbeiten müssen: es gibt keinen Tarifvertrag, unabhängig von der Betriebszugehörigkeits-Dauer bekommen die Beschäftigten weniger als 2000 Euro brutto im Monat bei einer 40-Stunden-Woche (11,12 Euro/Stunde), und viele von ihnen sind dazu noch sachgrundlos befristet eingestellt. Es ist skandalös: Menschen, die im Einflussbereich der Stadt arbeiten, bekommen Löhne von denen man kaum leben kann und die in die Altersarmut führen. Wir haben den Abschluss eines Tarifvertrags, das Ende der sachgrundlosen Befristungen und perspektivisch die Wiedereingliederung ins Klinikum gefordert. Wie Stadtkämmerer Schellenberg auf unsere Forderung reagierte lesen Sie auf Seite 2.

400 Euro mehr im Monat bei der SSG: 2 Mio/Jahr

Drittens: Im öffentlichen Dienst gibt es die Niedriglohngruppe EG 1, die in vielen Städten und Kreisen (z.B.

Darmstadt-Dieburg) nicht mehr angewendet wird. Doch bei uns werden in der Verwaltung und beim EAD über 100 Reinigungskräfte mit einem Gehalt abgespeist, das kaum über dem künftigen Mindestlohn von 12 Euro liegt. Auch hier ist die Stadt direkt für Armut verantwortlich. Für uns haben auch Menschen, die nicht gut qualifiziert sind, ein Recht auf einen existenzsichernden Lohn, wenn sie acht Stunden pro Tag hart arbeiten. Deshalb haben wir beantragt, grundsätzlich aus dieser Lohngruppe auszusteiern und die Betroffenen in die nächsthöhere Gruppe zu übernehmen. Doch leider ließen CDU, Grüne und Volt auch in diesem Fall nicht mit sich reden, und es bleibt dabei: wer städtische Gebäude reinigt verdient deutlich weniger als eine Putzkraft im privaten Haushalt.

Und viertens werden die Fahrerinnen und Fahrer des „Heinerliners“ nicht nach den Bedingungen für das Bus-Fahrpersonal der HEAG-mobilo bezahlt. Darauf hatte sich die Mehrheit der Stadtverordneten 2019 leider eingelassen. Und was kommt dabei heraus, wenn man dem externen Betreiber des Modellversuchs keinerlei Vorgaben zur Entlohnung macht? Richtig: Bezahlung im Bereich des Mindestlohns. Wenn nach dem Ende der Versuchsphase der Regelbetrieb beginnt, dann kann die HEAG den Fahrbetrieb übernehmen. Wir werden Druck machen, dass dies auch geschieht und dass für die Menschen am Steuer der Heinerliner der gleiche Tarif gilt wie für diejenigen am Lenkrad der Busse.

Faire Löhne für Reinigungskräfte: 0,85 Mio/Jahr



Finanzielle Aufwertung der Erzieherinnen und Erzieher in Darmstadt weiterhin Fehlanzeige!

Grüne, CDU und Volt haben die Höhergruppierung für Erzieher*innen von 8a auf 8b im TvöD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Deshalb hatten wir gehofft, dass diese langjährige Forderung der LINKEN nun endlich umgesetzt wird.

Aber Fehlanzeige: Bei der Aufstellung des Haushalts zeigte sich, dass der Koalition dieser Punkt wohl doch nicht so wichtig ist, denn es wurde nichts dergleichen umgesetzt. Die einen begründeten das damit, dass das Geld knapp ist und die Finanzierung anderer Bereiche wichtiger sei, andere wollen die Aufwertung nur mit gründlicher Vorbereitung erst im nächsten Jahr durchführen.

Wir kritisieren diese Vorgehensweise, denn der Personalmangel bei den pädagogischen Fachkräften ist auch in Darmstadt hoch. Die Folgen sind z. B. zu wenig Betreuungsangebote und eine Gefährdung der Qualität der Arbeit in den Kitas.

Der Fachkräftemangel wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen, weil der Bedarf, etwa durch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul*innen, schneller wächst als Fachkräfte ausgebildet werden können. Außerdem verlassen laut einer Studie des Deutschen Jugendinstituts von 2019, viele Kita-Fachkräfte ihr Arbeitsfeld in den ersten zehn Jahren nach dem Berufseinstieg. In dieser sich verschärfenden Situation verzögert die Stadt Darmstadt die Höhergruppierung der Kita-Fachkräfte.

Geringe Bezahlung drückt auch die Abwertung eines Berufes aus. Erzie-



Streikende Erzieher*innen

herinnen und Erzieher bekommen nach wie vor nicht die gesellschaftliche Aufwertung die sie verdienen. Liegt es daran, dass der Beruf immer noch ein typischer Frauenberuf ist?

In den Kitas geht es nicht nur um gute Betreuung, sondern auch um frühkindliche Bildung. Das Ziel muss sein, die Kitas als demokratischen Lebens- und Zukunftsort zu gestalten. Der Beruf ist dementsprechend herausfordernd: er verlangt intensive Beziehungsarbeit, Empathie, die Schaffung von anregenden Bildungsräumen für Kinder und die Herstellung von Netzwerken für mehr Teilhabe im Sozialraum. Dieses ist nicht für geringes Geld zu bekommen, da-

für braucht es qualifizierte pädagogische Fachkräfte, die angemessen bezahlt werden.

Zur Vorbereitung der anstehenden Tarifrunde hat die Gewerkschaft Verdi eine Umfrage unter den Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst durchgeführt. Die daraus entstandenen Forderungen zielen auf drei Themen ab:

1. **Finanzielle Aufwertung der Arbeit**
2. **Maßnahmen gegen Fachkräftemangel**
3. **Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen**

Wir können uns diesen Forderungen nur anschließen und werden die Ta-

rifaufeinander setzen solidarisch unterstützen.

Bei dem Thema: „Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel“ sollten vor allem auch die Forderungen nach Unterstützung von Anleitungen, die die zukünftigen Fachkräfte ausbilden, mit einbezogen werden.

In Darmstadt wurden dazu im zuständigen Fachausschuss Vorschläge erarbeitet, die sich sowohl auf die stundenweise Freistellung von Praxisanleitungen als auch auf eine zukünftige höhere Vergütung von Anleitungen beziehen. Diese Vorschläge sollten baldmöglichst umgesetzt werden. Wir werden als Fraktion diese Umsetzung weiterhin im Blick behalten.

Wir haben wieder einen Antrag zum Haushalt 2022 gestellt, die Höhergruppierung unter Einbeziehung der freien Träger, die in Darmstadt viele Kitas führen, in den Haushalt 2022 aufzunehmen.



SSG eine Mahnwache ab und verlangten eine Bezahlung nach Tarifvertrag. Die LINKE forderte bei der Sitzung erneut, dass diese Beschäftigten nach dem gleichen Tarifvertrag wie die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Vertreter der Stadtregierung reagierten genervt und drängten auf ein Ende der neuerlichen Diskussion über die Bezahlung der Beschäftigten der städtischen Tochtergesellschaften.

Natürlich wäre die tarifliche Bezahlung der Beschäftigten in den städtischen Servicegesellschaften nur ein begrenzter Beitrag zur Bekämpfung der Altersarmut in Darmstadt. Aber wenn selbst die Stadt Darmstadt sich nicht an ihre sozialen Grundsätze, die sie in ihren Hochglanzbrochüren verbreiten lässt, hält – wie soll dann Druck auf die privaten Arbeitgeber entstehen, ihrerseits arbeitsfeste Löhne zu zahlen?



Vor der Stadtverordnetenversammlung im November 2021 hielten Beschäftigten der Servicegesellschaft

Die neue Fraktion der LINKEN

Am 14. März des vergangenen Jahres haben die Darmstädter Bürgerinnen und Bürger die Stadtverordnetenversammlung neu gewählt. Wir haben uns sehr gefreut, dass wir unser gutes Ergebnis von 2016 (6.8%) noch steigern konnten und diesmal 7,7 Prozent der Stimmen anvertraut bekamen. Damit sind wir auf der vierten Position aller angetretenen Listen. Herzlichen Dank an alle, die für Die LINKE gestimmt haben!

Die Fraktion der LINKEN umfasst also wieder fünf Stadtverordnete. Drei davon sind weiblich, zwei männlich. Drei waren schon vorher Mitglied, zwei sind zum ersten Mal dabei. Die jüngste von uns war zum Zeitpunkt der Wahl 31 Jahre alt, der älteste hatte 60 Jahre auf dem Buckel. Dank des guten Ergebnisses ist es uns auch erstmals gelungen, ein ehrenamtliches Mitglied in den Magistrat zu entsenden.



Karl-Heinz Böck (60)
Angestellter
Fraktionsvorsitzender
Ausschüsse: Soziales, Sport und Gesundheit
Themen: Sozialpolitik, Gute Arbeit, Sport



Uli Franke (53)
Fraktionsgeschäftsführer
Ausschüsse: Haupt- und Finanzausschuss, Wirtschaftsförderung
Themen: Wohnen, Kommunalfinanzen, Gute Arbeit, Städtische Beteiligungen, Digitalisierung



Martina Hübscher-Paul (55)
Ingenieurin
Stv. Fraktionsvorsitzende
Ausschüsse: Kultur, Bauen, Stadtplanung/Verkehr/Liegenschaften
Themen: Kultur, Stadtplanung, Wohnungspolitik



Ann-Christine Sparr-Wolf (31)
Pressesprecherin
Ausschüsse: Bildung und Schule
Themen: Schulen, Kitas und Krippen, Frauenpolitik



Maria Stockhaus (37)
Dipl.-Verkehrswirtin
Ausschüsse: Umwelt und Nachhaltigkeit
Themen: Klimagerechtigkeit, Verkehr, Geschlechterpolitik



Werner Krone (77)
Renter
Magistratsmitglied

Haushalt 2022: Licht und Schatten

Die Koalition legte einen Haushaltsentwurf mit einem Defizit von 10 Mio Euro vor. Normalerweise verbietet die Schuldenbremse rote Zahlen bei den laufenden Ausgaben, doch diesmal war noch Geld übrig von dem Überschuss des Jahres 2020, der durch die überreichlichen Corona-Sonderzuweisungen des Landes entstanden war. Der Kämmerer kündigte jedoch an, dass die Reserven demnächst verbraucht sind und dann Haushaltsposten gekürzt werden müssen. Die FDP hat deshalb verrückterweise die sofortige Streichung von ca. 150 Stellen (10 Mio Euro) gefordert. Das ist der

völlig falsche Weg: nötig ist die Abschaffung der Schuldenbremse und die stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen.

Mit dem Haushalt werden gut 100 zusätzliche Stellen beispielsweise für die Kinderbetreuung oder im Mobilitätsamt geschaffen. Das Investitionsvolumen für Sanierungen von öffentlichen Gebäuden wird erweitert, und auch für geförderten Wohnungsbau soll künftig deutlich mehr ausgegeben als in den vergangenen 10 Jahren. Es ist richtig und wichtig, dass in diesem Bereichen mehr Mittel eingeplant werden als bisher.

In der Haushaltsdebatte haben wir die städtische Lohnpolitik heftig kritisiert. Trotz anderslautender Ankündigungen hat die Koalition die finanzielle Aufwertung der Erzieherinnen und Erzieher auf die lange Bank geschoben. Außerdem werden über 100 städtische Reinigungskräfte nach der Niedriglohn-Gruppe EG 1 bezahlt (ca. 12 Euro/Stunde). In Darmstadt kann man davon nicht leben – diese Beschäftigten sind „Arm trotz Arbeit“, jetzt und erst recht im Alter. Für DIE LINKE ist das nicht akzeptabel. Wir haben deshalb den Ausstieg aus dieser Lohngruppe beantragt, der aber leider keine

Mehrheit erhielt. Außerdem sind die Zuschüsse an die Freie Kulturszene seit vielen Jahren nicht mehr gestiegen.

Wir sehen nicht ein, warum die Kulturinitiativen keinen Inflationsausgleich bekommen, obwohl der Haushalt Jahr für Jahr wächst. Gerade für die Zeit nach Corona muss die Kultur gestärkt werden! Deshalb haben wir beantragt, die Zuschüsse entsprechend der Inflationsentwicklung seit 2018 um 10% anzuheben. Das wären gerade einmal 75.000 Euro gewesen. Doch auch diese Initiative scheiterte an der Koalition. Enttäuschend!



Uli Franke, Stadtverordneter

Wachsende Altersarmut in Darmstadt

DIE LINKE hat das Thema Altersarmut in der Stadtverordnetenversammlung im November 2021 auf die Tagesordnung gesetzt. Denn aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage ergab sich, dass Darmstadt keineswegs nur eine Stadt des gehobenen Mittelstands ist. Im Jahr 2021 erhielten in Darmstadt 2.283 ältere Menschen die Grundsicherung im Alter – eine Sozialleistung für Rentner*innen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Dies bedeutet einen Anstieg seit 2015 um 19,7%. Mit dieser hohen Anzahl von Empfängerinnen der Grundsicherung im Alter nimmt Darmstadt einen unehrenhaften Spitzenplatz in Deutschland ein, nämlich Rang 384 von insgesamt 401 Städten und Landkreisen (so eine Studie des ZDF). Grund dafür sind die hohen Mieten in Darmstadt. Die stark ansteigenden Mieten können sich immer mehr Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen nicht mehr leisten und müssen deshalb unterstützende Sozialleistungen beantragen.

In Wirklichkeit dürfte die Zahl der anspruchsberechtigten Rentner*innen wesentlich höher liegen. Das Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, dass „bis zu 60

Prozent der Anspruchsberechtigten ihre Ansprüche nicht geltend machen.“ Auch die Schuldnerberatung in Darmstadt stellt den Trend zur zunehmenden Altersarmut fest. Im Jahr 2020 waren 10,1% der Hilfesuchenden der Schuldnerberatung 65 Jahre und älter; im Jahr 2007 waren es 6,2%.

Die Armut bzw. die Altersarmut wird in die Außenbereiche von Darmstadt gedrängt und ist nicht immer auf den ersten Blick sichtbar. So beträgt in der Kirchhansiedlung in Eberstadts Süden der Anteil der Empfänger*innen von Grundsicherung 18 %, im angrenzenden Bezirk „Am Frankenstein“ nur 0,7 %. Die soziale Spaltung in Darmstadt zeigt sich entlang von Wohngebieten.

Altersarmut ist vor allem Ergebnis des früheren Erwerbslebens. Unterbezahlung, befristete Arbeitsverträge, unfreiwillige Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit führen zwangsläufig zu einer sehr niedrigen Rente. Frauen sind besonders hart betroffen, wenn sie Aufgaben der Kindererziehung und die Betreuung von zu pflegenden Angehörigen übernehmen. Für viele Beschäftigte im Dienstleistungs- und Servicebereich, für Verkäuferinnen oder für Teilzeitarbeiter im Gesundheitswesen ist die Alters-

armut bei dem heutigen Rentensystem vorprogrammiert.

Auch die Stadt Darmstadt ist an dieser Entwicklung nicht unschuldig. Sie zahlt ihren 300 Beschäftigten bei der Klinikum-Servicegesellschaft SSG nur den Mindestlohn des Reinigungsgewerbes von 11,11 €. Zudem sind die meisten Arbeitsverträge sachgrundlos befristet. In der Stadtverordnetenversammlung im Juli 2021 hatten wir aus der Stadtwirtschaftsstrategie der Stadt Darmstadt 2025 zitiert: „Wettbewerbsfähige Löhne und Gehälter gehen mit tarifvertraglichen Regelungen einher. Tarifflicht ist nicht zulässig.“ Die Stadt Darmstadt müsse deshalb, um glaubwürdig zu bleiben, Tariflöhne auch für die Beschäftigten ihrer Servicegesellschaften zahlen. Stadtkämmerer Schellenberg (CDU), gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats des Klinikums, interpretierte in seiner Antwort auf unsere Kritik die Stadtwirtschaftsstrategie auf seine Weise: „Festlegungen in der Stadtwirtschaftsstrategie müssen atmen können.“ Von den Grünen und von Volt kam dazu kein Widerspruch.

Vor der Stadtverordnetenversammlung im November 2021 hielten Beschäftigten der Servicegesellschaft

Flächenfraß durch Gewerbegebiete in Arheilgen und Wixhausen verhindern!

Nach dem Willen der Koalition aus Grünen, CDU und Volt soll unsere Stadt weiter wachsen. Bisher war das dank der Konversionsflächen ohne großflächigen Verlust von Feld, Wald oder Wiesen möglich. Doch nun hat sich die Koalition vorgenommen, in Arheilgen und Wixhausen gute Ackerböden in der Größenordnung von 100-150 Hektar in Gewerbegebiete umzuwandeln. Erfreulicherweise ist in den betroffenen Stadtteilen großer Widerstand gegen dieses Vorhaben entstanden.

Der Magistrat hatte zunächst eine städtebauliche Maßnahme zur Erkundung der möglichen Flächen eingeleitet. Dann erst wurde eine Gewerbeflächenbedarfsanalyse erstellt, die auf der Grundlage einer höchst fragwürdigen Wachstumsprognose zum gewünschten Ergebnis kommt: es drohe künftig ein so großer Mangel an Raum für neues Gewerbe, dass bestehende, bereits versiegelte Flächen nicht ausreichen würden. Der in dem Gefällig-

keitsgutachten ermittelte Bedarf ist abstrakt, d.h. er wird nicht aus konkreten Entwicklungsvorhaben ansässiger Unternehmen hergeleitet. Es handelt sich demnach um ein Erweiterungspotential und nicht um eine Notwendigkeit.

Unsere Fraktion spricht sich entschieden gegen diese Stadterweiterung aus. Zum einen aus ökologischen Gründen: die Versiegelung von Flächen muss verringert und am besten ganz gestoppt werden. Ackerflächen sind für die regionale Nahrungsmittelversorgung wichtig, die im Sinne des Klimaschutzes gestärkt werden muss, anstatt ihre Grundlagen zu vernichten. Die Erweiterungsgebiete sind Lebensraum für Tiere und auch die Bürgerinnen und Bürger nutzen sie zur Erholung.

Wir sehen aber auch soziale Probleme: in den neu angesiedelten Firmen würden ja keineswegs nur bisher erwerbslose Darmstädterinnen und Darmstädter arbeiten, sondern ein

großer Teil der neuen Beschäftigten käme natürlich von außerhalb. Diese würden entweder nach Darmstadt umziehen und Wohnraum beanspruchen, was den Wohnungsmarkt wieder unter Druck setzt. Neuer Flächenbedarf für weitere Wohnbebauung würde entstehen, der zu weiterem Außenwachstum auf Kosten von Wald, Kleingärten und anderen ökologisch wichtigen Erholungsräumen führen würde. Ein anderer Teil der neuen Beschäftigten würde aus anderen Orten im Rhein-Main-Gebiet einpendeln, mit entsprechenden Folgen für die ohnehin stark belastete Verkehrsinfrastruktur.

Sicherlich wird in den nächsten Jahren Bedarf an Flächen für neues Gewerbe entstehen, denn manche Gewerbe entstehen, denn manche Gewerbe entstehen, denn manche Gewerbe entstehen. Die ihre Industrie- und Gewerbebetriebe in Niedriglohnländer verlieren – Stichwort Opel in Rüsselsheim oder VDO in Babenhausen. In solchen Standorten ist die Ansiedlung neuer Betriebe ökologisch weniger bedenklich. Eine solche regionale Entwicklungsstrategie würde außerdem zur Vermeidung von sozialen Krisen beitragen und und ausgeglichene Lebensverhältnisse innerhalb unserer Region schaffen.

Für Wachstum mit Augenmaß und regionale Kooperation bei der Ansiedlungspolitik



Uli Franke, Stadtverordneter

Endlich ein richtiges Sozialticket!

Nach mehreren Anläufen beschloss die Stadtverordnetenversammlung bei ihrer letzten Sitzung des Jahres 2021 endlich ein Sozialticket, das den Bedürfnissen der Menschen gerechter wird.

Bis zu diesem Ergebnis war es allerdings ein langer Weg. Schon seit 2007 versuchte unsere Fraktion, untermauert von Veranstaltungen und Anträgen, in der Stadtverordnetenversammlung dieses Thema voran zu bringen. Leider oftmals vergeblich. Bei unserem ersten Antrag war Walter Hoffmann noch der Oberbürgermeister, und Jochen Partsch war Sozialdezernent. Die damalige Koalition sah keinen Bedarf für ein Sozialticket, was aus unserer Sicht eine Fehleinschätzung war. Durch diese ablehnende Haltung ließen wir uns Fraktion aber nicht davon abbringen, weiterhin an diesem wichtigen Thema zu arbeiten.

Erst als Barbara Akdeniz das Sozialdezernat übernahm kam wieder Schwung in die Sache. Eine Magis-

tratsvorlage zur Einführung eines Sozialtickets wurde vorgelegt, die allerdings noch weit entfernt von den Bedürfnissen der betroffenen Menschen war. Es war damals schon abzusehen, dass die Akzeptanz des eingeführten Sozialtickets nicht sehr hoch sein würde. Dies bestätigte sich dann auch im Laufe der letzten beiden Jahre. Eines der größten Probleme war, dass das eingeführte Sozialticket erst ab 9 Uhr morgens genutzt werden konnte. Auch die fehlende Zone 3 und der hohe Eigenanteil waren nicht förderlich.

In der verabschiedeten Vorlage vom 14. Dezember 2021 gibt es nun deutliche Verbesserungen. Nicht nur wurde die 9-Uhr-Regelung aufgehoben, sondern auch die Zone 3 in das Sozialticket aufgenommen. Auch

eine höhere Bezuschussung des Sozialtickets wurde umgesetzt. So werden die Zonen 1 und 2 mit 50 %, und die Zone 3 mit 54 % bezuschusst. Dies kommt unseren Vorstellungen eines Sozialtickets schon deutlich näher, so dass wir der Vorlage zustimmen konnten.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir uns nun zufrieden zurücklehnen könnten. Auch in der Zukunft werden wir uns für Verbesserungen einsetzen. Unser nächstes Ziel ist, dass auch Einzel-, Tages- und Mehrfahrkarten (10er-Karte) Bestandteil des Sozialtickets in Darmstadt werden. Zwar sind vergünstigte Monatskarten als Fortschritt zu begrüßen, aber gerade die Aufnahme der Tageskarte wäre für viele eine wichtige und gute Entscheidung.



Karl-Heinz Böck,
Stadtverordneter

Kinder- und Jugendarmut in Darmstadt ist eine der zentralen Herausforderungen für unsere Politik

Die Startchancen und Teilhabemöglichkeiten von Kindern sind nicht gleich verteilt. Aufwachsen in Armut hat erhebliche Folgen für das Wohlbefinden, die Bildung und die Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen. Kinderarmut ist daher nicht zu trennen von der Situation ihrer Eltern und dem Zusammenhang von Vereinbarkeit von Beruf und Familie (siehe Seite 2) und der Einkommens- bzw. Beschäftigungssituation der Eltern (siehe Artikel Lohnpolitik).

Armut macht krank und grenzt aus. Die Corona-Krise droht das Problem der Kinderarmut weiter zu verschärfen, weil sich die bereits vorhandenen strukturellen Benachteiligungen verstärken. Viele außerhäuslichen Unterstützungsangebote sind weggefallen und beim Homeschooling verfügen arme Kinder seltener über die erforderliche technische Ausstattung und Rückzugsräume für ungestörtes Lernen fehlen.

In Darmstadt wächst jedes fünfte Kind und jede*r fünfte Jugendliche (Sozialatlas 2020) in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört, weil die Eltern Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen. Es ist beschämend, dass diese Kinder- und Jugendarmut in der Stadt seit Jahren auf hohem Niveau stagniert. Vor allem, weil es immer wieder diejenigen betrifft, die in den Stadtteilen Kirchtannensiedlung (52%), Palaswiesenviertel (49%), Kranichstein (38%) und Eberstadt (24%) wohnen. Damit wird deutlich, dass die bisherigen Maßnahmen in diesen Vierteln



nicht ausreichen und nicht die politische Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienen.

Kein Gießkannenprinzip, sondern Hilfsangebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche in den benannten Stadtteilen

Aufgrund der aktuellen Krise spielen niedrigschwellige Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche zur Armutsvermeidung eine wichtige Rolle. Die Sozial- und Bildungspolitik der LINKEN setzt sich deshalb auch zukünftig für einen Ausbau alltagsunterstützender Infrastruktur in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf ein (z.B. Schulkinderbetreuung, Familienbildung). Auch wenn die in der letzten Legislaturperiode durch GRÜNE und CDU erfolgte Neustrukturierung der Kinder- und Jugendarbeit diese Zielsetzung aus den Augen verloren hat, wird die LINKE Fraktion dieses Ziel

weiter konsequent verfolgen.

Wir haben uns gegen die Schließung des Max-Rieger-Heims und die Personalkosteneinsparung im Kinderhaus Paradies in Eberstadt eingesetzt. Leider konnten wir uns als kleine Fraktion im Stadtparlament hier nicht durchsetzen. Trotzdem hat unser Engagement für den Erhalt der Einrichtungen gezeigt, dass für die Stadtregierung die Beseitigung der Armut von Kindern in den genannten Vierteln keinen hohen Stellenwert hat.

Armut konsequent bekämpfen: „Je früher, desto besser“

Für uns hat die Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut auch zukünftig eine sehr hohe Priorität. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Verwirklichungschancen und die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen aus von Armut bedrohten Familien verbessert werden.



Rita Weirich,
Mitglied der erweiterten Fraktion

DIE LINKE.
Stadtverordnetenfraktion Darmstadt

ADRESSE

Fraktion DIE LINKE in der
Stadtverordnetenversammlung
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon: 06 151-6 69 03 10
Telefax: 06 151-6 69 05 33
info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

BÜRGERSPRECHSTUNDE

Unsere Stadtverordneten laden Sie herzlich ein, Ihre Anliegen und Anregungen im persönlichen Gespräch vorzutragen.

Zur Vereinbarung eines Termins kontaktieren Sie uns telefonisch oder per Email.

ÖFFENTLICHE FRAKTIONSSITZUNGEN

Ort: LinksTreff Georg Fröba/z.Zeit per Videokonferenz, mehr Informationen per Email

Nächste Termine:
21.02.2022 20 Uhr
21.03.2022 20 Uhr
02.05.2022 20 Uhr